

# Pöfener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Montag, 4. Mai.

(Erscheint täglich drei Mal.)

Annoncen:

Annoncen-Bureau:

In Berlin, Hamburg,

Wien, München, St. Gallen

Rudolph Hesse;

in Berlin, Breslau,

Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg

Wien u. Basel:

Hansen &amp; Vogler;

in Berlin:

J. Klemmeyer, Schloßplatz;

in Breslau: Emil Habach.

1874.

305.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. (Kontingente nehmen alle Postämter des deutschen Reiches an.)

Inserte 3 Sgr. die sechsgehaltene Zeile ober deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, nach an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tag Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer 517 5 11 5: Nachmittags angenommen.

## Amstisches

**Berlin, 2. Mai.** Der König hat den hies. Ober-Reg.-Rath und Dirig. der Kirchen- und Schulabth. bei der Reg. zu Döppeln, Julius Ballhorn, zum Direktor des Konsistoriums der Provinz Preußen unter Verleihung des Charakters als Konsistorial-Präsident mit dem Range eines Rathes III. Klasse ernannt.

Am Gymnasium in Essen ist dem Oberlehrer Dr. Friedrich Wilhelm Conrads der Professortitel und dem ord. L. hrer Clemens Plagge das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden.

Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. Kloss bei dem Kreisger. in Bartenstein, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Kreuzburg, der Ger.-Ass. Bittelmann bei dem Kreisger. zu Stargard i. P., mit der Funktion bei der Ger.-Deputation in Pyritz, der Ger.-Ass. Hecht bei dem Kreisger. in Rautschen, der Ger.-Ass. Ilse bei dem Kreisger. in Wankleben, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Gegin, der Ger.-Ass. Koch bei dem Kreisger. in Templin, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Zehdenitz, der Ger.-Ass. v. Kameke bei dem Kreisger. in Jüterbog, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Luckenwalde, und der Ger.-Ass. Wagner bei dem Kreisger. in Wronowitz. Der Ger.-Ass. Scholl ist zum Friedensrichter bei dem Friedensger. in Neumagen ernannt.

## Telegraphische Nachrichten.

**Haag, 2. Mai.** Wie eine hier eingetroffene offizielle Depesche aus Buitenzorg vom heutigen Tage meldet, ist der General van Spielen mit seinem Stabe dort eingetroffen. Der Gesundheitszustand in Batavia ist ein befriedigender.

**Bern, 2. Mai.** Die militärische Besetzung des Dorfes Brislach im Berner Jura, welche in Folge der durch die Ultramontanen veranlassenen Unruhen für notwendig erachtet war, ist wieder aufgehoben, jedoch bleibt eine Kompanie auf Piquet gestellt.

**Lissabon, 2. Mai.** Nach hier eingegangenen brasilianischen Nachrichten hat sich der verhaftete Bischof Vital d'Oliveira fortwährend geweigert, das Interdikt aufzuheben, welches er gegen die geistlichen Bruderschaften der Provinz Pernambuco, wie bekannt, verhängt hat, weil dieselben Freimaurer unter sich aufgenommen haben. Der päpstliche Nuntius hat den mehrfach erwähnten Brief des Kardinal-Staats-Sekretärs Antonelli, durch welchen angeblich eine Beilegung des Interdikts zwischen dem Papste und der kaiserlich brasilianischen Regierung herbeigeführt werden sollte, nicht publiziert. Dem Bischof Vital d'Oliveira hat sich in seinem Auftreten der Bischof von Pará angeschlossen und macht seine weiteren Maßnahmen von den Erbkundungen abhängig, die er direkt in Rom einholen werde.

**Athen, 3. Mai.** Comunduros hat dem Könige gestern ein Memorandum vorgelegt, in welchem er das Verlangen stellt, daß von seiner Amtsführung jeder unberechtigte Einfluß fern gehalten bleiben und eine Aenderung in der auswärtigen Politik eintreten müsse; andernfalls sehe er sich außer Stande, den Auftrag des Königs, ein neues Ministerium zu bilden, auszuführen.

## Posen-Rokietnica-Schneidemühl.

**DAC. Berlin, 2. Mai.** In der gestern Abend stattgehabten Sitzung der Eisenbahn-Anleihe-Kommission wurde die Spezialdiskussion über die Pommerschen Eisenbahnen begonnen, welche von der Station Rokietnica der Stargard-Posener Eisenbahn über Schneidemühl nach Belgard mit der Abzweigung nach Ulrichstadt, von da einerseits über Schlawa nach Kügnwalde und Kügnwaldermünde, andererseits über Stolp nach Stolpmünde führen soll. Gegen die Bewilligung sprachen die Gegner der Staatsbahnen die Abg. v. Benda, Stengel und Dohrn. Der Regierungs-Kommissar, Ministerial-Direktor Weißhaupt gab mit Rücksicht auf die laut gewordenen Befürchtungen über die den beteiligten Privatbahnen dadurch entstehende Konkurrenz beruhigende Erklärungen ab, da der Staat die Oberschlesischen Eisenbahnen vollständig in Händen habe. Auch suchte der Regierungskommissar diejenigen Bedenken zu beseitigen, welche von der vor einiger Zeit hier antwefenden posener Deputation erhoben waren. Die Staatsregierung werde den Wünschen dieser Deputation so viel als thunlich entgegenkommen. Die Kommission faßte in ihrer gestrigen Sitzung noch keinen Beschluß, vertagte vielmehr die Diskussion auf heute Abend.

(##) **Berlin, 3. Mai.** Die Kommission für die Verathung des Gesetzentwurfs betreffend eine Anleihe von 50,600,000 Thlr. zu Eisenbahnzwecken nahm in ihrer gestrigen Sitzung auch nach der Fortsetzung der Verathung mit Majorität die Bahnlinie Rokietnica-Schneidemühl-Golberg zc. zc. definitiv an, nachdem eine kleine Aenderung beliebt war. Der Referent Abg. Berger bemerkte nämlich, daß es auffallen müsse, warum man grade Rokietnica gewählt habe, ihm scheine der Ausgangspunkt Posen doch zweckmäßiger und er wünsche die Gründe zu hören, welche die l. Staatsregierung veranlaßt hätten, grade den Ausgangspunkt Rokietnica zu wählen, wie der Herr Kriegsminister sich zur Bahn verhalten habe, und ob der Einfluß der Oberschlesischen Bahn durch die Ueberführung auf die Posen-Stargarder Bahn nicht eine Schädigung für den Verkehr mit sich bringen würde. Der Reg.-Kommissar theilte nun mit, daß die Petitionen meistens von der irrigen Ansicht ausgingen, als solle die Bahn in Rokietnica ihre Endstation erreichen und nur die Posen-Stargarder Bahn den Transport übernehmen. Dies sei falsch. Man beabsichtige alle Züge direkt vom Zentralbahnhof in Posen abzulassen, und ebenso die von Pommern kommenden bis dorthin zu führen, um daß die neue Linie an irgend einem Punkte zwischen Rokietnica und Posen auf das Gleis der Posen-Stargarder Bahn geführt und dieses mit benutzt würde. Der andere Weg um die Stadt Posen herum, durch die Festungswerke mit Ueberschreitung der Warthe, sei ein sehr kostspieliger und der dort zur disposition stehende Raum sehr beschränkt. Der jetzigen Linie Posen-Inowracław habe die

Strecke mit der Warthebrücke durch die Stadt wohl über eine Million gefoset. Nun müsse man aber erwägen, daß Posen-Slupsee in sicherer Aussicht stände, die einen bedeutenden Transport aus Posen und Rußland herbeiführen würde, ebenso werde die direkte Linie Bromberg-Posen in Aussicht zu nehmen sein. Es sei daher nicht zweckmäßig erschienen, durch eine 4. Bahn diesen engen Raum um die Stadt herum noch unnötig mehr zu beschweren und habe man daher lieber statt dessen den anderen billigeren Weg an die Stargard-Posener Bahn gewählt. Der Herr Kriegsminister habe ja durch Unterzeichnung des Gesetzes seine Zustimmung gegeben. Auch die Befürchtungen in Betreff des Einflusses der Oberschlesischen Bahn wiederlegt der Reg.-Kommissar auf das Klarste. Abg. v. Tempelhoff erklärte diesen Ausführungen des Herrn Reg.-Kommissars nichts entgegenstellen zu können. Abg. Witt fügte nur noch hinzu, daß die künft. Staatsregierung, da die Details der Bahn noch nicht festgestellt seien, doch vielleicht die projektirte Linie rechts bei Dornitz über die Warthe und dann mit einer Schwenkung nach Rogasen zu über Chodziez nach Schneidemühl führen möge, welche ihm unter den gegebenen Umständen als eine zweckmäßigere erscheine, und auch bereits von der Pommerschen Zentralbahn f. B. projektirt worden sei. Nach weiterer Diskussion beschloß die Kommission auf Antrag des Referenten der Regierungsvorlage die Zustimmung zu ertheilen, mit der Aenderung, daß nicht Rokietnica selbst, sondern ein Punkt zwischen Posen und Rokietnica an der Stargard-Posener Bahn als der Ausgangspunkt bezeichnet wurde. Die anderweitige Verhandlung über die Strecke von Schneidemühl nach Pommern dürfte von weniger Interesse für die Provinz Posen sein, und wird sich aus dem späteren Bericht ergeben.

## Zur Lage in Spanien.

Bereits am Sonnabend Abend lief ein vom 1. Mai datirtes Telegramm der Madrider Korrespondenz hier in Posen ein, welches ohne weiteren Zusatz den Einzug Marshall Serrano's und General Concha's in Bilbao meldete. Bis heute liegen seltsamer Weise noch keine Details zu jener so frappirenden Depesche vor, außer einer Ergänzung des „W. L. B.“, welche besagt, daß der Einzug unter allgemeinem Jubel der Bevölkerung von Bilbao vor sich gegangen sei.

Sollte sich die Nachricht, was nicht unwahrscheinlich ist, in ihrem vollen Umfange bestätigen, so wäre damit den Berichterstattern auf dem Kriegsschauplatz im Norden Spaniens ein arger Streich gespielt, der vollständig wider die Abrede lief, denn die jüngsten Somorrostro-Santander-Joder Castro di Urbiales-Korrespondenzen der hervorragendsten Journale versicherten bis zur letzten Stunde, daß die Entsetzung Bilbaos durch die republikanischen Truppen vorläufig in weitem Felde stünde, ja daß nicht einmal an ein längeres Halten dieses Plazes gedacht werden könnte. Da wir jene Korrespondenzen, so weit sie von Interesse waren, ganz oder im Exzerpte unseren Lesern mitgetheilt haben, sind wir jetzt in einem Augenblicke wo Bilbao entweder schon wirklich von den Serrano'schen Truppen eingenommen ist, oder aber wo dieser Akt doch als ganz unmittelbar bevorstehend bezeichnet werden muß, genöthigt, in Nachstehendem ein Schlüssel zu jenen so unerwarteten Vorgängen vor Bilbao zu geben.

Nachdem am Dienstag und Mittwoch voriger Woche die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, wie gemeldet, durch massenhaftes Batteriefener der Republikaner erfolgt war, richtete sich das Hauptaugenmerk der republikanischen Führer darauf, mit aller Energie die Carlisten aus ihren besetzten Positionen an der Gebirgskette vor Palmas de la, in welche sie durch vorausgegangene Tirallieurplänkchen und nachfolgende Vorstöße, welche schon den Namen Schlachten verdienen, geworfen worden waren und wo sie sich nach Kräften verschanzt hatten, in der Richtung nach Palmas de la hin zurückzudrängen, um so freiere Hand zur Entsetzung Bilbao zu bekommen. Die Besetzung von Montellano durch die Avantgarden Serrano's stellte die Verbindung der Serrano'schen mit der Concha'schen Armee her und nachdem die Avantgarde der letzteren unter General Echague die Höhen von Palmas de la, das heißt die Passhöhe zwischen dem Somorrostro- und dem Cadagua-Gebiete bei Abellameda genommen hatte, war das Cadagua Thal von den Carlisten nicht mehr zu behaupten und Palmas de la nebst allen weiter westlich gegen Santander hin gelegenen Positionen der Carlisten von Bilbao abgeschnitten.

Jetzt konnte General Echague, wie ein Blick auf eine einigermaßen genaue Karte vom Kriegsschauplatz belehrt, seinen Marsch auf Bilbao ungehindert fortsetzen und umging außerdem zu gleicher Zeit die carlistischen Stellungen von Galdames, welche den Frontangriffen Serrano's von Somorrostro aus so energischen Widerstand geleistet hatten. Diese mußten dadurch haltlos werden und die Carlisten räumten daher die für uneinnehmlich gehaltenen Positionen, welche sofort von den Regierungstruppen okkupirt wurden.

Die Nachricht hiervon erregte, wie telegraphisch gemeldet wurde, bei ihrem Eintreffen in Madrid kolossalen Jubel und dürfte möglicher Weise zu der uns etwas verfrüht erscheinenden Alarmnouveau von der Einnahme Bilbao's geführt haben.

Da die Höhen westlich von Bilbao nunmehr in den Händen der Regierungstruppen sind, ist es klar, daß die carlistische Zerntrung von Bilbao zerstört ist und allerdings jeden Augenblick ein Vorstoß Serrano's auf Bilbao und somit eine Entsetzung desselben zu erwarten ist. Daß dies aber ohne heisse Kämpfe abgeht, ist nicht anzunehmen.

Der carlistischen Armee ist, im Falle Bilbao thatsächlich in die Hände der Republikaner geräth, noch lange nicht der Rückzug abgeschnitten. Sie wird sich in die Richtung nach Durango hin rückwärts kon-

zentriren und sich von dem Gros der Republikaner verfolgen lassen, um an geeigneter Stelle eine offene Feldschlacht anzunehmen. Uebrigens ist es auf der anderen Seite nicht unwahrscheinlich, daß die Carlisten, nachdem ihre Pläne mit Bilbao in's Wasser gefallen sind, sich unterwerfen, vorausgesetzt, daß ihnen Amnestie garantirt wird. Das wäre das Wünschenswertheste für das verwüstete, schwergeprüfte Land. H.

Nachdem wir vorstehenden Artikel bereits niedergeschrieben hatten, trafen im Augenblicke als wir im Begriff standen unter die Presse zu gehen, noch folgende Telegramme ein, von denen die ersten beiden die Einnahme Bilbao's zwar bestätigen, ohne jedoch das Faktum selbst irgendwie zu erklären. Die Drahtmeldungen lauten:

Paris, 3. Mai Abends. Ein Telegramm des Journal „Soir“ aus Bayonne vom heutigen Tage bestätigt die Nachricht von der Entsetzung Bilbao's. Zwölf Kanonen und eine große Anzahl carlistischer Gefangener sind in die Hände der Regierungstruppen gefallen.

London, 3. Mai, Abends. Der „Observer“ meldet, bei dem hiesigen Vertreter der spanischen Regierung sei gestern Abend ein amtliches Telegramm eingegangen, welches den Einzug des Marshall Serrano in Bilbao bestätige.

Madrid, 2. Mai, Mittags. Die amtliche „Gaceta“ meldet, nach der letzten Depesche Castro di Urbiales von gestern Nachmittag 1 Uhr sei die Armee in Portugalete eingetroffen. Spätere Telegramme vom Marshall Serrano habe die Regierung noch nicht empfangen, weil nach der Verlegung des Hauptquartiers nach Portugalete der Telegraph für den Militärdienst noch nicht eingerichtet sei. — Nach Mittheilungen von gestern Abend, welche dem „Imparcial“ zugegangen sind, wäre Marshall Serrano um 3½ Uhr in Portugalete eingetroffen, aber sofort wieder in der Richtung auf Bilbao zu abgegangen, wohin auch die Generale Concha und Laverna ihren Marsch gerichtet hätten.

2. Mai, Abends. Offizielle der Regierung zugegangene Nachrichten melden den gestern erfolgten Einzug des Marshall's Serrano in Portugalete. — Zwei Divisionen sind unter seinem Oberbefehl auf das rechte Ufer des Nervion gegangen. Die Carlisten haben Castrejana verlassen. Das dritte Korps unter dem General Concha hält die Höhen von Santa Agueda besetzt. Die Carlisten verdoppeln das Feuer auf Bilbao, welches von der Stadt lebhaft beantwortet wird. — Ein Telegramm des Marshall's Serrano aus Portugalete vom heutigen Tage berichtet ferner: Der General Concha hat mir angezeigt, daß einige Freiwillige aus Bilbao zu ihm gekommen seien, um ihm zu melden, die Carlisten hätten alle ihre Stellungen verlassen, und daß er selbst die Brücken bei Bureana und Castrejana rekonstruiren wollte, um seine Truppen über den Fluß zu setzen. Ich habe ihm geantwortet, er solle zuerst mit seinem Armeekorps nach Bilbao marschiren. — Die Regierungstruppen ziehen noch immer bei Portugalete über den Nervion, um auf der anderen Seite gegen Bilbao vorzugehen. — Die aus Privatquellen stammenden Nachrichten, nach denen der Marshall Serrano bereits seinen Einzug in Bilbao gehalten haben sollte, bestätigen sich hiernach bis jetzt nicht.

(Siehe auch die Carlistendepesche unter Paris vom 4. d. M.)

## Vom Landtage.

## 57. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

**Berlin, 2. Mai 11 Uhr.** Am Ministertisch Dr. Falk, Graf zu Eulenburg und Camphausen mit zahlreichen Kommissarien. Von den Ministern der Finanzen und des Handels ist ein Gesetzentwurf betreffend die Vermehrung des Betriebsmaterials der Staatsbahnen eingegangen.

Die dritte Verathung der evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die alten Provinzen veranlaßt den Abg. Haenel (Professor der Rechte zu Kiel, Fortschrittsmann) zu folgender Bemerkung: Auch ich und meine politischen Freunde begreifen diese Vorlage mit Freuden, weil sie den erblichen und korrekten Ausgleich zwischen den Staatsanprüchen und den verfassungsmäßigen Ansprüchen der evangelischen Kirche enthält. Diesen Ausgleich halte ich für einen Präcedenzfall von entscheidender Wirkung, da derselbe über das Gebiet des gegenwärtigen Gesetzes weit hinausreicht. Daß dies thatsächlich der Fall ist, will ich Ihnen an einem Beispiele erläutern. Durch k. Erlass vom 11. August 1869 wurde für die evangelisch-lutherischen Gemeinden Schleswig-Holsteins eine Gemeindeordnung gegeben, im Jahre 1871 in eine Probstei- und Gesamtsynodal-Ordnung eingetreten. Die letzteren beiden sind nicht ins Leben getreten, die Gemeindeordnung aber ist durch das Konsistorium ausgeführt worden und steht heute thatsächlich in Wirksamkeit. Während nun die kirchlichen Ordnungen älterer Zeit in Schleswig-Holstein mit der Gesetzgebung des Staates auf das Engste verknüpft sind, geht der Erlass von 1869 in der Nichtberücksichtigung landesherrlicher Bestimmungen so weit, daß er einige geradezu aufhebt. In Folge dessen besteht gegenwärtig in Schleswig-Holstein ein Zustand, welcher mit den Anschauungen des Staates, wie dieselben auch in dem Erlass vom 10. September 1873 ausgesprochen sind, im direkten Widerspruch steht. Die Staatsregierung hat somit selbst ein Interesse, diesen Widerspruch zu beseitigen und die uns vorliegende Gemeindeordnung auch auf die übrigen Provinzen auszudehnen.

Kultusminister Dr. Falk: Der Abg. Dr. Haenel hat in seinen Auffassungen vollständig Recht. Ich habe zunächst der schleswig-holsteinischen Kirchenverfassung keine weitere Entwicklung angedeihen lassen, weil ich mich für verpflichtet hielt, erst abzuwarten, welchen Gang die Förderung derselben Angelegenheit in den alten Provinzen des preussischen Staates nehmen würde. Inzwischen habe ich Anordnungen getroffen, daß den Provinzialbehörden von Schleswig-Holstein die Angelegenheit nach denselben Gesichtspunkten zur Erörterung gestellt wird, die dieser Vorlage zu Grunde liegen.

Abg. Haenel referirt noch über einige Petitionen, welche durch das vorliegende Gesetz für erledigt erklärt werden.

In der Spezialdebatte we den die einzelnen Artikel fast ohne Debatte unbenändert angenommen; nur beim Art. 8. wiederholt sich, was die bereits gestern gestellten Fragen bezüglich der Vermögensverwaltung und zwar besonders bezüglich des Aemterkirchenfonds und des fiskalischen Patronats, die gestern nicht genügend beantwortet sind. Der Kultusminister erwidert, daß gestern der Aemterkirchenfonds nicht speziell genannt worden sei, daß also auch darauf keine Antwort erfolgen konnte. Die Bestimmungen der Synodalordnung sind allgemeine und werden auch auf diesen Fonds Anwendung finden. Bezüglich der Frage des fiskalischen oder staatlichen Patronats hat der Regierungskommissar gestern keine Einschränkung ausgesprochen, sondern nur die verschiedenen Arten des fiskalischen Patronats charak-



terisiert. Im Uebrigen wird der Fiskus alternierend auf sein Patronat verzichten. Daß diese Angelegenheit möglichst rasch erledigt werden soll, versteht sich von selbst; die Erledigung steht aber natürlich im Zusammenhang mit den Beschlüssen des Landtages.

Der Gesetzentwurf wird dann definitiv im Ganzen mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Desgleichen das Fischereigesetz in dritter Berathung, ferner die Gesetzentwürfe, betreffend die Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge nach der Magdeburger Polizeiverordnung vom 3. Januar 1688, der revidierten Willkür der Stadt Burg vom 3. Februar und konfirmiert den 16. März 1698, sowie des märkischen Erbrechts in dem 1. und 2. Jerichowischen Kreise, und betreffend die Aufhebung des Homagialeides in erster und zweiter Berathung.

Es folgt die erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Beteiligungen der Staatsbeamten bei der Gründung und Verwaltung von Aktien-, Kommandit- und Bergwerksgesellschaften.

§ 1 lautet: Unmittelbare Staatsbeamte dürfen ohne Genehmigung des vorgelegten Ressortministers nicht Mitglieder des Vorstandes, Aufsicht- oder Verwaltungsraths von Aktien-, Kommandit- oder Bergwerksgesellschaften sein, und nicht in Komitees zur Gründung solcher Gesellschaften eintreten. Die Genehmigung ist fortan zu verweigern, wenn die Mitgliedschaft mittelbar oder unmittelbar mit einer Remuneration oder mit einem anderen Vermögensvorteile verbunden ist."

Hierzu beantragt 1) Kalle, die Worte „Aktien-, Kommandit- oder Bergwerksgesellschaften" zu ersetzen durch das Wort „Erwerbsgesellschaften".

2) Schmidt (Sagan), Alinea 2 so zu fassen: „Eine solche Mitgliedschaft ist gänzlich verboten, wenn dieselbe mittelbar oder unmittelbar mit einer Remuneration oder mit einem anderen Vermögensvorteile verbunden ist. Jedoch können die vor der Publikation dieses Gesetzes bereits erteilten Genehmigungen, sofern sich aus der Benutzung derselben keine Unzulänglichkeiten ergeben haben, bis zum 1. Januar 1876 in Kraft belassen werden."

Abg. Schmidt empfiehlt sein Amendement, nachdem er seine Befriedigung über die Vorlage, insbesondere darüber ausgesprochen, daß sie auf besoldete und unbesoldete Staatsbeamte Anwendung finden solle, während der frühere Entwurf nur von besoldeten gesprochen habe.

Geh. Rath Herrfurth: Die Frage, ob eine solche Bestimmung in das Gesetz aufgenommen sei, ist von der Regierung nicht unermogen geblieben, jedoch schließlich verneint worden. Es steht einer solchen Bestimmung schon ein prinzipielles Bedenken entgegen; das Gesetz kann eine rückwirkende Kraft nicht haben, weil die Beamten erteilte Genehmigung nur als eine stets widerrufliche erteilt worden ist. Uebrigens aber würde es eine große Härte sein, solchen Beamten, welche bereits längere Zeit eine Nebeneinnahme bezogen, dieselbe auf einmal zu entziehen und sie vor die Alternative zu stellen, entweder aus dem Staatsdienste zu treten, oder auf das Nebeneinkommen zu verzichten. Auch Art. 16 des Reichsbeamtengesetzes hat denjenigen Reichsbeamten, welchen die Beteiligung bei der Gründung und Verwaltung von Privatgesellschaften bereits gestattet war, dieselbe nicht entzogen. Die Annahme der eingebrachten Amendements würde deshalb das Zustandekommen des Gesetzes nicht wenig erschweren und sind ähnliche Amendements bei einer früheren Gelegenheit in der That abgelehnt worden. Ich bitte Sie, die Anträge der Abgg. Schmidt und Kalle auch jetzt abzulehnen.

Abg. Lascher: Ich würde Sie bitten, die beiden Amendements der Abg. Schmidt und Kalle anzunehmen; das letztere darum, weil das Objekt, bei welchem die Beamten sich nicht betheiligen dürfen, im Reichsgesetz so geordnet ist wie hier. Ich verstehe, daß einige Herren die Regierungsvorlage darum vorziehen würden, weil sie die Beteiligung an den Genossenschaften nach dem System Schulze-Delitzsch vorsehen. Ich lasse dahingestellt, inwieweit diese Beteiligung nach der Interpretation der Regierungsvorlage ausgeschlossen sein würde. Im Reichstage ist diese Frage offen gelassen worden und irre ich nicht, so wurde vielfach angenommen, daß durch den Wortlaut jenes Gesetzes die Beteiligung an den Genossenschaften nach dem System Schulze nicht ausgeschlossen sei. Wir könnten leicht Auskunft darüber erhalten, ob den zahlreichen Postbeamten die Fortführung ihrer bezüglichen Stellungen an den Genossenschaften dieser Art gestattet worden ist. Ich würde aber nicht gern zwei Arten von Beamten einführen. Die Reichsbeamten sind ganz in dieselbe Stellung gebracht worden wie die Staatsbeamten, soweit das öffentliche Interesse in Frage kommt. Dies Prinzip ist von uns für so wichtig gehalten worden, daß sogar das Zustandekommen des Reichsbeamtengesetzes allein durch dieses Prinzip gefährdet war, und deswegen haben wir von einer Session zur anderen verlangt, daß es gleich gehandhabt würde, bis diese Gleichstellung herbeigeführt ist, ebenso gut hätte auch hier diese Gleichstellung herbeigeführt werden können. Sodann empfehle ich die Annahme des Antrages Schmidt. Die Regierung will einen Unterschied machen für die Beamten, welche bereits solche Stellungen erhalten haben und will sich selbst die Prüfung vorbehalten, ob eine Schädigung des öffentlichen Interesses herbeigeführt werde oder nicht, das halte ich für durchaus unmöglich, so lange wir im Gesetz nicht ein objektives Merkmal der Kritik aufstellen. Da wir einmal die Beteiligung der Beamten als dem öffentlichen Interesse widersprechend bezeichnet haben, können wir doch nicht die Entscheidung darüber der Regierung überlassen, ob im einzelnen Falle das Interesse gefährdet wird oder nicht. Zwei Momente kommen in Betracht: das eine ist nicht im eminenten Sinne öffentlicher Natur; es bezieht sich darauf, inwieweit der Beamte durch Nebeneinkünfte abgehalten wird, sein Hauptamt gehörig auszufüllen. Das ist eine Zeitfrage, betrifft die Ausnutzung der Kräfte und tritt auch bei solchen Aemtern ein, mit denen nicht eine Remuneration verbunden; darin haben wir es der Regierung völlig in die Hand gegeben, daß sie als vorgelegte Behörde entscheidet, ob eine Beeinträchtigung eintritt oder nicht. Sodann scheidet das Gesetz einen zweiten Fall aus, in welchem erklärt wird, es widerspreche der öffentlichen Wohlfahrt, daß ein Beamter gegen Entschädigung an Privatgesellschaften Theil nimmt. Dies allein ist der Grund des Verbots und aus diesem Grunde sollte nicht die Regierung darüber entscheiden, ob in einem bestimmten Falle das öffentliche Interesse oder das der Beamten leidet. Die entgegengelegte Ansicht mag einer wohlwollenden Gesinnung entspringen; ich möchte aber davor warnen nicht für einen großen Theil von Beamten, welche gegenwärtig schon eine solche Stellung angenommen haben, eine so bedeutende diskretionäre Gewalt in die Hände der Regierung zu legen; dies thut sowohl dem öffentlichen Interesse als der Selbstständigkeit der Beamten Schaden. Alle Beamten, welche erhebliche Nebeneinkünfte haben, sind ganz in die Hand der Regierung gegeben, weil diese mit einem Federstrich ihnen die Einnahmequelle verschließen kann. Ob, wie der Regierungskommissar behauptete, das Reichsbeamtengesetz eine ähnliche Bestimmung enthält, wie die Vorlage, vermag ich im Augenblick nicht zu sagen; indessen ist in keinem Fall das Uebel so weitreichend, wie in Preußen, da bei den Reichsbeamten nicht in solchem Umfang eine Beteiligung an Aktiengesellschaften stattfindet und ich bedauere, daß das Reichsbeamtengesetz nicht dem entsprechend geändert ist. Der Herr Regierungskommissar hat weiter behauptet, daß das vom Abgeordnetenhaus im vorigen Jahr angenommene Amendement das Gesetz im Herrenhaus zum Falle gebracht habe. Hier hat sich eine lebhaftige Strömung zu Gunsten der Beamtenbetheiligung geltend gemacht, ich habe sogar Theorien entwickeln gehört, wonach Privatgesellschaften auf eine höhere Stufe gebracht würden, wenn von einer Behörde gefordert werden könne, daß sie sich an ihnen betheilige, dadurch würde den unläuteren Gesellschaften, wie sie bestehen, ein lauterer Element beigegeben (Geheuer). Dies muß ganz ernst behandelt werden, wie alle geistreichen Einfälle auf eine ernste Theorie gebracht werden dürfen. Etwas Ähnliches klang in den Berathungen des Herrenhauses durch. Häufig das Herrenhaus das Gesetz im vorigen Jahre annehmen und nur dieses eine Amendement entfernen wollen, so sind die meisten Mitglieder desselben gleichgültig genug, um zu wissen, daß man in solchem Falle nicht das Gesetz, sondern nur das Amendement ablehnt. Es hat aber in der Zusammenkunft des Herrenhauses im vergangenen Jahre das Interesse für Privatgesellschaften und für Beamte überwogen und die Herren, die sich betheiligt haben, haben dieses Interesse für stark

genug gehalten, um einstweilen das Gesetz abzulehnen und haben sich mit dem öffentlichen Interesse abgefunden, indem sie eine Resolution angenommen haben. Nun erklärt aber die Regierung, daß sie sich auf den langen Weg, der mit dieser Resolution vorgeschlagen wird, nicht einlassen könne. Nehmen wir also das Gesetz in dem Sinne an, wie wir es für gut halten und überlassen wir es dem Herrenhause, diese Frage vor dem Lande zu verantworten; es will den jetzigen Zustand aufrecht erhalten, den wir und die Regierung für unzulässig halten. Nehmen wir deshalb das Gesetz an, so wie es die beiden anderen Faktoren für gut halten. Es thut mir im höchsten Grade leid, daß wir ein ganzes Jahr durch dieses Gesetz aufgehalten sind und noch mehr leid thut es mir, daß innerhalb dieses Jahres, wie ich berichtet bin, hohe Staatsbeamte es für gut und passend gefunden haben, derartige auf sie gefallene Wahlen in der Zwischenzeit anzunehmen. (Hört! Hört!) Auch diese Beamten würden jetzt schon unter die Wohlthat des Gesetzes fallen. In den vergangenen Tagen hat wieder ein hoher Beamter diese Wahl auf sich zu lenken gewußt, denn ich nehme nicht an, daß Zwangswahlen vollzogen werden, wodurch die Beamten genötigt werden, solche lukrative Stellen anzunehmen. (Hört! Hört!) Es ist der Polizeipräsident von Berlin, auf den neulich eine solche Wahl gelenkt worden ist. Sicherlich haben wir das größte Interesse für die Beamten und wollen ihnen durchaus nicht zu nahe treten, wenn wir dieses Gesetz verschärfen: wir meinen aber, daß der Beamte immer seinen höchsten Lohn in seinem Beruf zu finden hat, in dem, was er dem Staate leistet. Wir wollen nicht das Bestreben unterstützen, wonach ein Beamter seine vergangenen Einnahmen erhalten will, obwohl er durch diese Befugnis ganz in die Hände des Vorgesetzten gegeben ist. Der Antrag Schmidt sagt mit Recht: Mit den Gegenständen des öffentlichen Interesses und der öffentlichen Sittlichkeit soll man nicht Handel treiben, sondern man soll sie ganz durchführen. Deshalb bitte ich um Annahme dieses Antrages. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Kalle: Nachdem der Herr Abg. Lascher mein Amendement bereits verteidigt hat, kann ich mich darauf beschränken, zu betonen, daß der von mir vorgeschlagene Ausdruck „Erwerbs-Gesellschaften" vor dem Ausdruck der Vorlage „Aktien- und Kommandit-Gesellschaften" schon deshalb den Vorzug verdient, weil er sich auf das Objekt der Gesellschaft, letzterer aber nur auf die Form derselben bezieht.

Abg. Ricker: Ich bin mit den Ausführungen des Herrn Abg. Lascher insofern einverstanden, als sie sich auf den Antrag Schmidt beziehen. Ich glaube, der Herr Regierungskommissar irrt sich darin, wenn er meint, daß die Fassung der Regierungsvorlage mit dem Reichsgesetz übereinstimmt. Im § 16 des Reichsgesetzes heißt es: „Dieselbe Genehmigung ist zu dem Eintritt der Reichsbeamten in den Vorstand, Verwaltung- oder Aufsichtsrath einer jeden auf Erwerb gerichteten Gesellschaft erforderlich. Sie darf jedoch nicht erteilt werden, sofern die Stelle mittelbar oder unmittelbar mit einer Remuneration verbunden ist. Die erteilte Genehmigung ist jederzeit widerruflich." Diese beiden Sätze aneinandergehalten, scheint es mir unzweifelhaft zu sein, daß die Interpretation des Herrn Regierungskommissars eine unrichtige ist. Ich erinnere mich auch bei keiner Stelle der Verhandlungen des Reichstages, soweit ich übersehen kann, daß diese Interpretation von irgend einem Redner adoptirt worden ist. In Bezug auf den Antrag des Herrn Abg. Kalle möchte ich nicht so weit gehen, wie der Herr Abg. Lascher. Wenn es richtig wäre, daß die Genossenschaften, die Schulze-Delitzschen Vorkehrungen, die Konsum-, die Sparvereine und eine Reihe anderer gemeinnütziger Gesellschaften nicht unter den Begriff der Erwerbsgesellschaften fallen, so würde ich nichts dagegen einzuwenden haben. Es scheint mir aber aus den Verhandlungen des Reichstages, sowie aus denen des Herrenhauses, ja aus dem Wesen dieser Gesellschaften selbst unzweifelhaft zu sein, daß sie allerdings mit hineinzubegreifen sind. Der Abgeordnete Schulze selbst hat diese Vorkehrung, Konsum- und Sparvereine auf Erwerb gerichtete Gesellschaften genannt, wie er auch nicht anders konnte; denn die Mitglieder erhalten aus dem Geschäft Dividenden, wenn sie auch nur Geschäfte mit ihren eigenen Mitgliedern machen. Nun meine ich, daß wir doch gar kein Interesse haben, weiter zu gehen, als das Interesse des Staatsdienstes reicht und das Interesse der Aufrechterhaltung der Integrität und Autorität unserer Staatsbeamten. Wenn Sie nun in Betracht ziehen, daß von den 4000 Schulze-Delitzschen Genossenschaften der bei weitem größte Theil sich in Preußen befindet und daß dieselben namentlich an kleinen Orten auf die Hilfe der Staatsbeamten angewiesen sind, so werden Sie mit der Annahme des Antrages Kalle für den Fall, daß diese Genossenschaften unter die Erwerbsgesellschaften fallen, einen sehr tiefen und schädlich in Eingriff in die Entwicklung dieser Genossenschaften machen. Sie würden eine Reihe von Sparvereinen, ich will nicht sagen zu Grunde rufen, aber schädigen und beengen. Ich behaupte, weder das Interesse des Staatsdienstes, — denn auch hier ist die Genehmigung der oberen Behörden erforderlich — noch das Interesse an der Integrität und Autorität des Beamtenstandes erfordert es, daß wir so weit gehen, und daher bitte ich Sie, den Antrag Kalle abzulehnen.

Abg. Rangier: Ich bitte Sie dringend, das Amendement des Abg. Schmidt anzunehmen. Der Herr Minister des Innern selbst hat seiner Zeit im Herrenhause ausgeführt, daß diejenigen Beamten, welche neben ihrer amtlichen Stellung bei einem Privatunternehmen sich betheiligen, dem Publikum gegenüber in eine schiefe Lage kämen. Er sagte ferner, es wäre eine derartige Vereinigung staatlicher und Privat-Interessen der Staats-Regierung nicht angenehm, weil im Publikum der Glaube erweckt würde, als ob Unternehmungen, bei denen Staatsbeamten sich betheiligen, unter der Garantie der Regierung ständen, was letztere zu verhindern allen Grund habe. Der Herr Regierungskommissar hat davon gesprochen, daß es eine Härte sein würde, Beamten, welche schon längere Zeit eine Nebeneinnahme bezogen hätten, ihnen dieselbe auf einmal zu entziehen. Diese Auffassung kann ich nicht theilen, denn es handelt sich hier nicht um wohlverdienende Beamten, sondern nur um solche, welche ihnen auf beliebigen Widerruf erteilt worden sind. Bei der Einführung der Zivil-Gehe hat doch die Regierung das Prinzip, die Beamten, hier die Geistlichen, für den Verlust ihrer Nebeneinkünfte zu entschädigen, selbst nicht anerkannt. Die industriellen Gesellschaften aber haben kein Interesse, daß die Beamten, welche sie einmal haben, ihnen nicht entzogen werden; sie werden in der Lage sein, das Gehalt derselben so zu vergrößern, daß sie den Staatsdienst quittiren können. Auch das Kalle'sche Amendement bitte ich Sie anzunehmen. Wir wollen eben nicht, daß die Beamten ihre Kräfte mehr dem Genossenschaftswesen, als ihrem staatlichen Berufe widmen. Und dieses Prinzip müssen wir in seiner ganzen Reinheit aufrecht erhalten.

Abg. Lascher: In Beziehung auf das Amendement Kalle will ich nur noch auf einige Bemerkungen zurückkommen, die mein verehrter Nachbar Ricker gemacht hat. Der Name imponirt mir nirgend, ob eine Gesellschaft unter dem Namen der Genossenschaft oder der Aktiengesellschaft auftritt; ich habe weder eine Abneigung gegen diese noch eine solche Liebe zu jener, daß ich meine, wenn eine Gesellschaft unter dieser Firma auftritt, dann sei sie schon erhaben über jede mögliche Kollision. Es giebt zweierlei Genossenschaften: solche, die unbedingt gefördert werden und an denen die Beamten theilnehmen können, das sind namentlich die kleineren Genossenschaften, welche lediglich den Zweck haben, unter einander gewisse Produkte sich billiger zu beschaffen, sich Vortheile zu geben und auf diese Weise unter sich selbst nur ihre eigenen Angelegenheiten zu betreiben. Eine große Anzahl anderer dagegen betreibt unter dem Namen von Konsumvereinen einen großen Handel und macht große Geschäfte durch Absatz an dritte Personen, die nicht Mitglieder des Vereins sind. Diese letzteren Genossenschaften unterscheiden sich nur der gesetzlichen Form nach und nach ihren Wirkungen von den Aktiengesellschaften, aber in Beziehung auf die Beamten unterscheiden sie sich in keiner Weise. Dies gilt namentlich von allen Produktivgenossenschaften, die von so erheblichem Umfang sind, daß gar kein Grund vorhanden ist, sie anders zu stellen, als andere Aktiengesellschaften. Ich würde gern bereit sein, in der dritten Lesung oder auch heute noch Ausnahmen zu gestatten und solchen Anträgen beizustimmen, welche im Sinne haben, nur die Genossenschaften, die auf mehr als gegenseitige Ausbilde gerichtet sind, auszunehmen; aber der Name „Genossenschaft" darf uns nicht zu Ausnah-

men bestimmen. Wir unterscheiden sonst schon zwischen Genossenschaften, welche keine Gewerbetreibenden zählen, und solchen, die sie zählen. Dies wäre ein Kriterium für die Unterscheidung in dem vorliegenden Gesetz. Ich bitte aber nicht einen Antrag anzunehmen, der nicht das Wesen, sondern den Namen der Gesellschaft, also nur eine äußere Form trifft. Darum gebe ich der Regierungsvorlage so lange den Vorzug, bis mir ein besserer Antrag, als der vorliegende, entgegengebracht wird.

Abg. Windthorst (Meppen) erklärt sich für die Regierungsvorlage, damit eine Gleichheit mit dem Reichsbeamtengesetz hergestellt werde. Für die Vorlage stimme er auch deshalb, weil dieselbe schon in bestehende Verhältnisse eingreift und weil von der Regierung eher eine zu große Rücksichtnahme als Strenge in dieser Beziehung zu erwarten ist.

Abg. Ricker will, um die Genossenschaften nach dem System Schulze-Delitzsch zu schützen, die Gesellschaften, an denen sich die Staatsbeamten nicht betheiligen dürfen, folgendermaßen bezeichnen: „Die unter die Vorschriften des Handels-Gesetzbuches oder des Berggesetzes fallenden Erwerbsgesellschaften."

Abg. Kalle zieht seinen Antrag zu Gunsten des Ricker'schen zurück.

Der Minister des Innern: Die Regierung hält die Beteiligung von Staatsbeamten an Erwerbsgesellschaften nicht für unzulässig, aber für ungewöhnlich, weil die Beamten dadurch in eine schiefe Lage gegenüber dem Publikum und ihren Vorgesetzten kommen. Es wurde vorher erwähnt, daß der Polizeipräsident v. Madai die Erlaubnis erhalten haben sollte, in den Verwaltungsrath einer Eisenbahn — ich weiß im Augenblick nicht, welcher — (es ist die Anhaltiner) einzutreten. Was darüber verhandelt ist, ist folgendes: Herr v. Madai fragte mich, ob es denn absolut unzulässig sei Mitglied des Verwaltungsrathes einer Eisenbahn zu werden; er glaube in dieser Stellung nützlich wirken zu können. Darauf erwiderte ich ihm, es verstände sich aber dann von selbst, daß er nicht einen Beamten Remuneration empfinde. Das ist Alles, was darüber verhandelt worden ist.

§ 1 wird darauf in folgender Fassung angenommen: „Unmittelbare Staatsbeamte dürfen ohne Genehmigung des vorgelegten Ressortministers nicht Mitglieder des Vorstandes, Aufsicht- oder Verwaltungsrathes einer unter die Vorschriften des Handelsgesetzbuches oder des Berggesetzes fallenden Erwerbsgesellschaft sein und nicht in Komitees zur Gründung solcher Gesellschaften eintreten." Als Alinea 2 wird das Amendement Schmidt angenommen.

Ohne Debatte werden angenommen: § 2. Solchen unmittelbaren Staatsbeamten, welche aus der Staatsklasse eine fortlaufende Besoldung oder Remuneration nicht beziehen, oder welche nach der Natur ihres Amtes neben dieser Besoldung noch auf einen anderen Erwerb hingewiesen sind (Medizinalbeamten u. s. w.), kann die Genehmigung, auch wenn mit der Mitgliedschaft ein Vermögensvorteil verknüpft ist, erteilt werden, sofern die Uebnahme der letzteren nach dem Ermessen des vorgelegten Ressortministers mit dem Interesse des Staatsdienstes vereinbar erscheint. § 3. Die erteilte Genehmigung ist jederzeit widerruflich. Auf einstweilen in den Ruhestand versetzte Beamte finden die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung.

Damit ist die zweite Berathung dieses Gesetzentwurfes erledigt. Es folgt die dritte Berathung des Gesetzes betreffend das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen, das ohne Debatte genehmigt wird. Eine von der Kommission vorgeschlagene Resolution wird trotz des Widerspruchs des Regierungskommissars Präsident Schellwitz vom Hause angenommen. Sie lautet: „Die f. Staatsregierung aufzufordern, einer bestimmten Anzahl der bei den Spezial-Kommissionen beschäftigten vorzüglich bewährten Protokollführer eine angemessene, ihrem Einkommen entsprechende Pensionsberechtigung in ähnlicher Weise, wie dies bezüglich der Kommissarien und Feldmesser bereits geschehen, — beizulegen."

Eine andere, vom Abg. Plath beantragte Resolution, „die f. Staatsregierung aufzufordern, in der Organisation der Spezialkommissionen eine gesetzliche Regelung dahin in Aussicht zu nehmen, daß den Kommissarien Bureauarbeiten zugeordnet werden, welche aus der Staatskasse bestritten werden"; wird, da sie eine Mehrbewilligung in Aussicht nimmt, an die Agrarkommission zur Berichterstattung zurückverwiesen.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung, der Gesetzentwurf, betreffend die außerordentliche Tilgung von Staatsschulden, wird auf Antrag des Abg. Ricker ohne Diskussion an die Budgetkommission verwiesen.

Gegen 2 Uhr vertagt sich das Haus bis Montag 11 Uhr. (Verschiedene dritte Lesungen und zweite Berathung der Gesetzentwürfe, betreffend die Verwaltung erledigter Bisthümer und die Deklaration des Gesetzes über die Vorbildung und Anstellung von Geistlichen.)

## Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 2. Mai. Unverkennbar macht die Bedeutung und Wirkung des bei den Verhandlungen des Reichstages zu Tage getretenen Einvernehmens zwischen der Regierung und der liberalen Partei sich auch bei den gegenwärtigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses bemerkbar. Ein Gesetz von der Bedeutung wie das über die Synodalordnung würde ohne jenes Einvernehmen sehr erhebliche prinzipielle Erörterungen von Seiten der liberalen Partei veranlassen haben, wie denn auch diese Eventualität als unzweifelhaft früher von der liberalen Presse in Aussicht gestellt wurde. Schon in der Kommission aber, welche mit der Vorprüfung des Gesetzes beauftragt worden, herrschte das Bestreben nach Entgegenkommen und Verständigung vor, und die Berathungen des Plenums haben lediglich die in der Kommission getroffenen Vereinbarungen ratifizirt. Besonders bemerkenswerth ist dabei, daß auch die konservativen Abgeordneten sich von dieser Verständigung über die Grundlagen des Gesetzes nicht ausgeschlossen haben. Auch Herr v. Wedell-Dehlsdorf, der jüngst noch ein entschiedener Anhänger der Opposition in der kirchenpolitischen Frage war, hat in ausdrücklichem Gegensatz zu Herrn v. Gerlach den Tendenzen des Gesetzes zugestimmt. Man wird darin einen neuen Beweis finden, daß die konservativen Elemente in der Landesvertretung keineswegs einer Taktik zustimmen, wie solche in der Haltung der „Kreuz-Zeitung" gegeben ist. — Das Pressegesetz ist vom Bundesrath zunächst dem Justizauschusse zugewiesen, um die formelle Beschlußfassung über die Annahme in der veränderten Gestalt, in welcher es aus den Berathungen des Reichstages auch gegenüber den letzten Vorschlägen des Bundesraths hervorgegangen ist, vorzubereiten. Inzwischen werden die Bevollmächtigten der einzelnen Regierungen auf die endgültigen Instruktionen ihrer Regierungen in Bezug auf die schließliche Haltung im Plenum einholen. Auch das preussische Staatsministerium und der König von Preußen kommen hierdurch nochmals in die Lage, sich formell über das Pressegesetz schlüssig zu machen. Es beruht auf einem Irrthum wenn hier und da von einer besondern Sanction des Gesetzes seitens des Kaisers als Kaiser die Rede ist. Nach der Reichsverfassung wird die Gesetzgebung durch den Bundesrath und den Reichstag geleitet und die Uebereinstimmung dieser beiden Organe genügt zum Zustandekommen des Gesetzes. Der Kaiser hat aber in seiner Eigenschaft als König von Preußen schließlich noch über die Zustimmung Preußens im Bundesrath zu entscheiden. Insofern muß die Sache auch in dem jetzigen Stadium nochmals in der preussischen Regierung berathen werden; allerdings nur formell, denn vertraulich hat dieselbe bereits ihre Zu-



stimmung beschloffen. Die Entscheidung im Bundesrath wird jedenfalls im Laufe der nächsten Woche erfolgen. — Von dem k. sächsischen Geheimrath von Witzleben in Leipzig ist soeben eine Biographie des verstorbenen Staatsministers von Zschau herausgegeben worden, welche für alle politischen Kreise Deutschlands von Interesse sein dürfte, da sie auf die Gründung des Zollvereins und auf die deutsche Politik in den ersten Jahren nach 1848 auf Grund authentischen und vielfach bisher unbekannten Materials in mancher Beziehung neues Licht fallen läßt.

— Kaiser Wilhelm begiebt sich am 7. d. M., Abends 11 Uhr, nach Wiesbaden, woselbst er bis zum 24. d. verweilen wird. Am Nachmittag des letztgenannten Tages erfolgt die Abreise von dort nach Gm, von wo der Kaiser bereits am nächsten Tage hierher zurückkehrt.

— Heute Mittags 1 Uhr erfolgte auf dem Südbahnhofe die Ankunft des Kaisers Alexander in Begleitung der Großfürsten Constantin und Alexis und eines zahlreichen Gefolges, worunter Graf Adlerberg und Fürst Dolgoroff, Kaiser Wilhelm, sämtliche königlichen Prinzen und der Großherzog von Sachsen-Weimar waren zum Empfang anwesend, ferner der russische Botschafter, die Feldmarschälle Graf Moltke und v. Manteuffel. Der Kaiser, der Kronprinz, die Prinzen Carl und Friedrich Carl trugen die russische Feldmarschallsuniform, die übrigen Prinzen die Uniform ihrer russischen Regimenter, sämtlich russische Orden und Bänder. Kaiser Wilhelm ging dem Kaiser Alexander, welcher die Uniform des preussischen Kaiser-Alexanderregiments trug, nachdem derselbe den Waggon verlassen, mehrere Schritte entgegen, und umarmte denselben, worauf die Begrüßung der Allerhöchsten Herrschaften untereinander erfolgte. Die Großfürsten waren ebenfalls in preussischer Uniform. Der russische Kaiser und die Großfürsten fuhren direkt zur Begrüßung der Kaiserin ins königliche Palais, von da ins kaiserl. russische Botschaftshotel, woselbst die Kronprinzessin und die königl. Prinzessinnen zum Empfang anwesend waren. Vor dem Hotel wird, dem „St.-Anz.“ zufolge, ein Doppelposten und vor der Thür der kaiserlichen Zimmer ein Posten von zwei Unteroffizieren mit Gewehr bei Fuß aufgestellt. Diese beiden Posten giebt während der Anwesenheit des Kaisers Alexander hierseits permanent das Kaiser-Alexander Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1.

**Schwerin, 2. Mai.** Der Großfürst Vladimir von Rußland und die Prinzessin Marie von Mecklenburg werden sich morgen nach Berlin begeben, wo anlässlich der Anwesenheit des Kaisers von Rußland die Verlobung derselben proklamiert werden wird.

**Aus Baden, 29. April.** Das erzbischöfliche Kapitelsvikariat hat durch Erlaß vom 23. d. den Pfarrer Dilger von Ueberlingen a. N. als Hülfsseelsorger ab ordinare et officio suspendiert, die Pfarrpfünde Ueberlingen a. N. für privat erklärt und, im Namen des allmächtigen Gottes, des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes namentlich exkommuniziert. Pfarrer Dilger hat sofort die Staatsregierung um Schutz seiner kirchlichen Vermögensrechte angerufen. Es wird im vorliegenden Falle an eine von dem Staatsminister Dr. Jolly am 8. März 1872 gegebene Zusage erinnert, jene katholischen Priester, welche die Unterwerfung unter das neue Dogma verweigern, in ihren Rechten als Mitglieder der katholischen Kirche, insbesondere im Pfründen-genuß zu schützen. — Wir meldeten bereits neulich, daß Herr Dilger zum Geistlichen der altkatholischen Gemeinde zu Forstheim ernannt sei. Das „Frk. Z.“ bestätigt die Nachricht und bemerkt dazu: Es ist sei um so erfreulich, als Herr Dilger ein durchaus würdiger und wissenschaftlich gebildeter Geistlicher ist, welchem auch seine ultramontan gesinnten Vorgesetzten trotz seiner nicht unbekannten freisinnigen Richtung die besten Zeugnisse über Wirken und Leben niemals verweigern konnten.

## Sokales und Provinziales.

### Bosen, 4. Mai

r. Der Oberpräsident Günther reiste Sonnabend Abends 7 Uhr 44 Min. von hier nach Kreuz zum Empfange des Kaisers von Rußland und der Großfürsten ab.

r. Auf der Posen-Thorner Bahn hat, wie bereits mitgetheilt, am Sonnabend auf dem Bahnhof Weidenburg eine Engländerin stattgefunden. Wir erfahren über dieselbe noch Folgendes: Kurz, bevor der von Gnesen kommende gemischte Zug in den Bahnhof einfuhr, bemerkte der Lokomotivführer, daß der Zug auf das Nebengeleise übergegangen würde, was sonst ganz ungewöhnlich ist. Er gab deswegen das Warnsignal, durch welches sich der Hilfs-Weichensteller veranlaßt fühlte, die Weiche umzustellen. Aber ehe dies geschehen konnte, war die Lokomotive mit 3 Waggons bereits auf das Nebengeleise übergegangen. In Folge der veränderten Weichenstellung gingen nun die übrigen Waggons auf das Hauptgleis über, wobei natürlich die Verbindungs-fette zwischen den beiden Theilen des getrennten Zuges riß, die Waggon selbst in ein bedenkliches Schwanzen geriet und ein Theil der Schienen zertrümmert wurde, aber zum Glück kein weiterer Unfall passirte. Da der Zug nur schwach frequentirt war, so stiegen die Passagiere in die ersten Waggons, welche sich auf dem Nebengeleise befanden über, und wurden unter Zurücklassung der übrigen Waggons nach Bosen befördert.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Bosen.

## Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

**Paris, 3. Mai.** Das gestern hier verbreitete Gerücht, die Regierung habe eingewilligt der äußersten Rechten Konzeptionen zu machen und Verathung der konstitutionellen Gesetze zu vertagen, wird auf das Bestimmteste dementirt.

**Paris, 4. Mai, Morgens.** Eine karlistische Depesche aus Bayonne vom 3. Mai dementirt die Nachricht von dem Einmarsch der Republikaner in Bilbao und meldet, das Bombardement von Bilbao dauere lebhafter als je fort. Elio habe seine Streitkräfte in starken Verteidigungslinien um Barracaldo, Barroja und Castregana und könne dem Feinde die Spitze bieten.

## Gewinn-Liste der 4. Klasse 149. k. preuß. Klassen-Lotterie

(Nur die Gewinne über 70 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 2. Mai. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

73 97 177 91 (1000) 252 72 (500) 304 43 58 459 536 (1000) 52 621 25 82 789 813 40 60 (1000) 76 908 19 47 49. 1033 54 64 171 79 204 49 67 91 (1000) 99 310 63 86 436 54 61 93 96 98 575 78 (200) 640 744 811 23 52 (1000) 76 905 15 43 71. 2027 32 84 (100) 145 208 13 71 348 55 (100) 62 75 478 (200) 535 37 611 783 87 829 (100) 943 81. 3059 62 75 100 (100) 41 248 65 310 (100) 88 618 24 90 96 754 61 856 67. 4005 109 16 81 87 (500) 398 427 47 76 85 (500) 611 40 48 855 921 81. 5000 184 268 302 33 79 431 531 611 65 69 79 84 (1000) 712 86 895 930. 6053 141 224 (100) 65 576 614 34 60 806 (500) 8 911. 7049 130 35 (100) 76 96 301 29 49 51 86 430 (1000) 60 97 510 84 612 56 (100)

751 (100) 59 80 805 (100) 43 54 73 (500) 974. 8003 21 154 (1000) 208 (1000) 369 418 35 522 627 58 94 96 (1000) 706 47 81 885 901. 9037 (200) 38 117 (100) 56 328 64 472 (500) 608 49 83 (200) 99 777 827 918 36 62.

10025 48 (500) 67 74 81 83 (500) 105 204 (100 40 47 88 391 99 526 617 24 26 (200) 710 14 26 70 880 991. 11035 37 (500) 236 (10000) 338 46 400 77 504 69 71 88 377 77 86 825 28 71 (500) 76 79 920 21 46 79 (200) 83 91 97. 12057 (500) 121 36 40 63 213 37 331 41 55 (500) 428 38 (200) 89 502 83 606 42 703 89 901 13 42 82 99. 13016 169 237 54 319 (200) 501 38 67 89 601 5 (100) 7 42 72 709 17 28 (100) 30 (100) 57 78 87 807 27 (200) 41 67 (100) 929. 14046 (1000) 156 87 209 64 332 95 432 (200) 73 583 90 (100) 91 600 22 29 768 83 842 (100) 91 993 (100). 15000 2 228 83 314 69 425 38 91 92 (200) 504 20 65 93 666 (200) 75 98 761 77 829 53 97 963. 16074 112 219 26 69 313 37 (200) 401 16 33 557 72 94 603 703 34 53 964 (100). 17016 289 335 50 (200) 74 415 54 96 557 77 94 99 (100) 602 (500) 89 701 859 (100) 92 915 (100) 19 20 (100) 49 58 (100). 18037 (500) 86 91 (100) 118 96 (500) 357 (200) 92 401 26 53 54 542 50 92 (200) 699 704 46 73 (100) 801 5 24 50 85 912. 19025 79 105 74 76 (200) 241 60 85 317 (100) 90 627 (100) 721 81 16 42 952 90 92.

20000 74 136 94 204 34 82 330 43 47 88 431 (5000) 87 (500) 511 17 65 80 90 95 688 95 98 767 75 804 925 43 (1000) 91. 21039 84 (200) 417 47 82 (500) 513 19 41 (100) 758 69 77 822 24 (100) 941 49 58 (100). 22065 100 218 39 72 373 85 96 98 413 83 93 515 29 53 638 (100) 93 769 70. 23003 117 40 (100) 54 207 13 29 38 (100) 72 404 36 38 63 95 616 39 51 701 (100) 54 833 87 (100) 967 94 (100). 24004 25 39 131 66 208 24 333 81 428 82 (100) 99 (500) 526 (100) 44 75 734 866 69 954 76 86 89. 25038 56 144 284 364 413 58 (100) 90 (500) 91 (100) 548 74 650 788 931 (100) 66 67. 26000 51 136 68 (200) 213 21 52 329 67 97 (100) 414 25 106 46 58 520 43 608 65 87 764 815 938 58 67. 27064 (500) 187 206 23 77 361 402 519 34 621 (100) 23 99 720 22 39 96 97 807 38 47 (1000) 61 901 22 31. 28190 (200) 221 70 411 (200) 19 48 518 86 670 84 95 721 (100) 30 814 40 50 (200) 71 98. 29104 46 84 214 (1000) 22 350 60 77 85 508 54 73 91 644 89 98 753 (100) 67 (500) 79 814 38 959 88 (100).

30043 114 46 295 301 96 474 582 603 23 (200) 43 749 54 811 45 (200) 74 906 33 62. 31000 25 29 39 (200) 110 14 200 47 443 99 505 648 95 771 99 846 966 91 99 (100). 32023 27 50 94 95 101 81 97 216 39 48 71 81 358 82 86 428 53 (100) 506 98 617 58 59 708 53 965. 33086 148 58 66 80 88 229 56 365 430 51 70 77 94 516 32 66 86 89 607 39 742 89 985 92. 34045 235 410 44 75 705 (1000) 26 82 (1000) 96 912 79. 35031 68 (200) 120 35 39 (200) 251 78 309 (100) 37 71 87 (500) 407 506 65 88 98 639 718 42 88 858 937 52 (200) 65 71 74. 36037 91 94 122 (500) 273 74 75 89 (100) 382 85 481 579 88 609 37 702 811 942 59. 37015 (500) 23 136 68 (500) 281 361 83 93 419 88 591 652 700 24 52 805 (200) 920 77. 38022 37 82 114 (100) 17 50 213 339 45 66 435 (200) 61 512 23 32 42 683 761 (100) 99 815 (500) 81 (100) 85 920 48. 39052 76 77 97 (100) 130 37 68 96 225 96 404 (1000) 65 91 93 1549 59 (200) 89 714 84 913 (500) 49 92 98.

40006 54 61 (100) 69 154 59 257 (100) 92 311 22 417 (100) 58 60 510 711 42 90 822 47 910 29 55 41021 92 (1000) 129 213 (200) 85 336 48 (500) 60 66 431 509 608 (500) 34 39 744 810 37 52 (200) 961 (500) 76 (500). 42050 83 143 246 322 45 46 586 98 610 703 12 53 58 934. 43093 97 99 187 220 74 311 427 50 77 579 707 45 50 887. 44007 74 87 112 18 40 48 312 22 91 477 505 17 45 65 616 38 700 10 37 78 (200) 92 95 97 (100) 822 31 62 75 (100) 981. 45038 91 (200) 100 30 85 222 67 88 (1000) 401 (100) 3 542 44 52 69 730 80 (1000) 81 836 75 965 46,010 83 (200) 237 86 304 53 64 405 (200) 63 772 (1000) 896 (200) 979. 47032 (100) 97 140 79 85 229 72 (100) 373 90 424 (100) 56 92 515 73 883 615 53 719 820 34. 48052 (200) 122 75 253 310 51 418 34 509 605 71 80 (100) 84 749 872 74 904 (100) 37 51 49066 (100) 87 126 28 48 304 24 52 63 67 440 45 62 521 71 609 37 51 87 97 763 87 900 11 (100) 15 88.

50045 55 (100) 76 184 302 98 (1000) 433 56 530 792 821 38 (1000) 81 903 37 52 95 99. 51047 60 217 24 29 53 326 27 39 52 72 495 775 85 (100) 91 805 25 (100) 43 932 69 71 83 97. 52068 83 198 99 203 5 87 340 64 73 80 83 412 66 (100) 526 84 90 654 88 722 830 56 916 (100) 68 71. 53032 66 (500) 179 82 290 317 50 (200) 431 532 36 66 67 70 (1000) 630 (1000) 718 24 (1000) 34 98 844 (2000). 54185 200 (200) 24 44 335 74 (100) 91 96 (200) 413 47 95 550 91 614 32 36 38 58 (100) 61 701 (100) 803 37 80 (500) 88 910 69 93. 55096 116 28 206 22 (200) 341 91 538 70 81 88 93 (100) 98 608 19 24 70 714 76 930 87. 56085 115 211 (100) 35 358 99 406 (200) 71 (1000) 506 42 (200) 72 90 (1000) 619 40 55 58 79 88 789 916 27. 57017 40 82 142 (100) 49 200 (100) 18 68 98 308 9 47 61 95 (500) 456 (1000) 553 643 65 84 (500) 756 (500) 71 96 823 915 48 (100). 58017 38 44 84 122 25 202 (100) 342 (200) 499 510 55 816 19 55 74 958 70. 59030 (500) 34 174 216 (100) 83 435 44 73 88 (100) 99 (1000) 518 97 (200) 615 27 61 89 759 902 51 71. 60087 136 54 (100) 93 314 39 47 63 87 (100) 427 (100) 514 75 79 92 613 30 34 56 805 8 49. 61006 (100) 43 150 65 249 53 54 81 330 40 455 92 571 636 81 709 11 (100) 30 (100) 95 846 909. 62011 (100) 74 79 92 171 202 3 (500) 61 62 371 469 (100) 573 82 612 64 734 896 914 27. 63009 (100) 56 88 (1000) 143 (1000) 86 214 (100) 23 63 357 440 42 91 546 53 79 (2000) 90 614 58 (100) 756 815 949. 64014 161 (200) 62 97 (100) 424 90 541 45 83 625 59 (100) 87 707 (500) 34 41 44 827 39 41 75 83 86 920. 65065 69 (500) 73 75 132 201 16 304 46 81 (100) 693 711 79 93 807 41 (200) 75 91 93 964. 66044 144 51 207 309 70 (100) 86 (200) 87 509 (100) 24 621 74 89 719 938 57 63 86 93. 67004 335 80 87 88 92 (500) 412 24 555 66 603 (500) 53 737 57 838 (100) 61 73 (200) 926 93. 68043 44 54 (200) 71 142 252 91 305 569 99 709 30 48 81 804 84 990 91 92. 69095 100 7 44 63 64 311 13 92 95 604 73 743 69 (500) 92 933 46 97.

70004 13 83 296 322 38 66 80 85 419 54 (100) 77 516 30 605 739 52 58 94 819 65 91 942. 71029 52 128 (100) 62 81 (100) 87 310 24 (100) 413 (100000) 28 96 (100) 547 634 747 (500) 48 865 (1000) 945 76. 72083 215 17 24 59 82 387 469 77 522 36 90 94 627 706 73 817 42 920 84. 73015 101 96 205 74 (200) 77 352 (1000) 76 416 18 68 95 608 (100) 16 (200) 54 (200) 713 41 42 67 833 922 27 61 (100) 88. 74084 172 (100) 209 65 81 95 366 72 85 (500) 627 64 (200) 751 67 800 943 47 92. 75020 (10000) 60 89 (200) 111 27 246 (100) 76 92 309 33 77 407 10 33 44 (100) 61 (1000) 67 636 (100) 44 (500) 49 98 777 873 901 18 39 (200) 55 91. 76001 39 138 57 70 87 88 96 229 74 305 47 83 (200) 456 88 591 602 19 42 (100) 61 75 713 694 902 (1000) 36 (200) 46 (100). 77004 12 85 188 215 28 91 325 29 (200) 31 433 65 541 (500) 98 (1000) 673 74 83 703 41 49 66 (500) 835 953. 78146 99 257 74 306 51 85 97 402 25 531 34 70 640 62 92 770 98 829 53 (100) 59 68 980. 79052 55 118 (500) 74 236 43 76 447 98 500 33 35 39 94 604 (100) 79 700 62 71 800 933 67 86 (200).

80020 (1000) 35 (500) 161 79 271 89 338 72 84 422 (100) 46 63 (200) 517 29 (200) 650 (200) 749 52 82 812 94 909. 81049 (100) 57 59 137 44 271 302 (500) 23 37 403 56 95 501 38 600 18 21 (1000) 97 719 54 70 801 7 11 66 914 41 58 74 76 (2000). 82061 151 (100) 79 86 (200) 330 71 580 642 44 (1000) 706 17 37 (100) 61 818 56 (100) 902 (200) 70. 83121 (500) 32 36 40 207 81 331 67 410 85 594 620 38 83 99 700 843 67 72 (100) 919 48 64 (100) 96. 84102 66 203 47 94 (1000) 302 30 33 53 72 94 (200) 444 598 (500) 704 15 45 820. 85003 14 60 119 51 58 (100) 83 (100) 85 227 75 365 465 (200) 516 32 47 90 91 712 62 64 95. 86001 91 115 84 203 (200) 19 29 32 65 81 315 513 606 32 68 (500) 717 24 66 831 74 79 968. 87008 (200) 76 (1000) 109 54 89 (200) 275 340 47 88 418 94 98 556 (100) 70 611 754 884 989. 88077 (100) 81 136 204 66 99 (200) 359 89 404 8 35 503 19 56 61 605 35 780 874 89 968 (5000) 71 87. 89039 (200) 177 (1000) 263 336 76 462 (100) 574 653 (100) 712 54 84 (100) 839 (500) 91 981 86.

90020 54 (500) 141 95 205 374 (200) 82 401 (500) 573 631 80 795 809 19 56 96 930. 91033 101 226 39 96 304 6 (100) 65 453 (200) 518 59 (200) 70 97 98 709 10 14 (100) 26 94 857 76 (500) 931 49 23. 92005 146 (100) 245 (200) 87 (500) 315 33 (500) 412 95 554 613 29

## Nach dem Tode des Beamten.

(Aus der Provinz eingesandt.)

Für die Verbesserung der Lage der Beamten ist in den letzten Jahren Seitens des Landtages und der Staatsregierung Erhebliches geschehen, wenn auch die Aufbesserung der Gehälter und die Gewährung des Wohnungsgeldzuschusses noch nicht allgemein dazu beigetragen haben, die Beamten in die Lage zu bringen, welche bei ihrer Lebensstellung durch die hohen Preise aller Lebensmittel und Bedürfnisse bedingt wird.

Wenn wir uns auch einerseits der Hoffnung hingeben dürfen, daß hierin nach und nach dem Bedürfnisse Rechnung getragen werden wird, so wollen wir doch zur weiteren Besprechung darauf aufmerksam machen, daß es in hohem Grade Noth thut, für die Hinterbliebenen eines Beamten, im Falle seines Ablebens, anders und zeitgemäßer, als dies bisher geschehen, zu sorgen.

Das Institut der jetzt bestehenden Wittwenkasse ist — man frage jeden Beamten — gefeindt, nicht beliebt. Sind der Beamte und seine Ehegattin jung, dann sind die Beiträge zwar gering, zählt er sie aber ein langes Leben hindurch, so geht, wenn die Frau vor dem Manne stirbt, eine bedeutende Summe verloren. Ist beim Abschlusse der Ehe eines älteren Beamten in seinem und seiner jüngeren Ehegattin Alter ein erheblicher Unterschied, dann sind wiederum die Beiträge so hoch, daß der Beamte nur die geringste Pension zu verschaffern im Stande ist, weil er, wenn er selbst in das Pensions-Verhältniß tritt, die Beiträge für eine entsprechende Pension seiner Lebensgefährtin nicht bezahlen kann.

Wir kennen nicht den Durchschnittssatz sämtlicher Wittwenpensionen. Wir dürften aber nicht fehlgreifen, wenn wir denselben auf höchstens 300 Thlr. jährlich annehmen. Dies ist in Bezug auf das Gehalt des Beamten schon eine hohe Pension. Ist nun aber eine Wittve, deren Ehegatte eine angenehme Stellung eingenommen hat, im Stande von 300 Thlr. Pension zu leben und vielleicht noch Kinder zu erziehen? Wird sie nicht vielmehr in die Lage gebracht, entweder zu darben, oder, wie es leider fast immer geschieht, die königlichen Behörden Jahr aus, Jahr ein mit Unterstützungs-Gesuchen zu behelligen?

Wäre es nicht zweckmäßiger von einer jeden etatsmäßigen Stelle eine angemessene Pension für die resp. Wittve festzusetzen und einem jeden, eine etatsmäßige Stelle einnehmenden, ob verheiratheten oder unverheiratheten Beamten einen entsprechenden Prozentsatz vom Gehalte abzugeben?

In den Ländern, in denen diese Einrichtung besteht, sind die Beamten ihren Regierungen für die Fürsorge um die Hinterbliebenen dankbar; nur in Preußen wird das Herz des unbemittelten Beamten mit banger Sorge erfüllt, wenn er an seinen Heimgang denkt und sich fragen muß, daß er nicht im Stande sei für seine Hinterbliebenen angemessen sorgen zu können.

Einen zweiten Punkt stellen wir zur Besprechung, nämlich die Gewährung des Sterbe-Monats resp. Sterbe-Quartals.

Nach den zur Zeit bestehenden Bestimmungen erhalten die Hinterbliebenen der an kollegialischen Behörden angestellten Beamten nach dem Ableben derselben das Gehalt außer dem laufenden, noch für das nächst folgende Quartal.

Bei allein stehenden Beamten wird dasselbe den Hinterbliebenen dagegen nur noch für einen Monat gewährt.

Steht es nicht auf der Hand, daß bei diesen Beamten, wenn sie ohne Vermögen sind, das einmonatliche Gehalt nicht ausreicht um die Beerdigungskosten, den Arzt und Apotheker und die wirtschaftliche Einrichtung für den veränderten Haushalt zu bezahlen, und daß die Wittven nothgedungen sind von vornherein Schulden zu machen oder der allgemeinen Wohlthätigkeit anheimzufallen?

Wir richten an diejenigen Männer, welche in der Lage und dazu berufen sind, zur Beseitigung der hier angeordneten Uebelstände beizutragen, die dringende Bitte, der Sache näher zu treten und den im Allgemeinen unbemittelten Beamtenstand von der jetzt auf ihm lastenden Sorge um seine Familie für den Fall seines Ablebens befreien zu helfen.

X.

## Graphische Börsenberichte.

**Breslau, 2. Mai, Nachmittags.** Getreidemarkt. Spiritus 100 Liter 100 Thlr. pr. Mai 22½, pr. August-September



Druck und Verlag von W. Döcker u. Comp. (F. Köstel) in Wien.